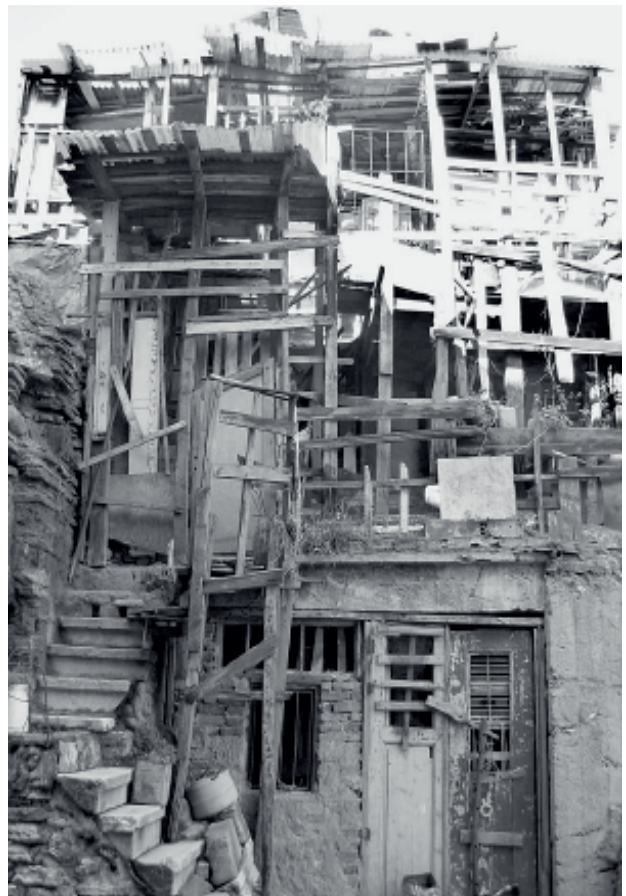


Was kostet ein Mensch?

Weil in der bestehenden Gesellschaft die Welt eine Ware ist und die Menschen ebenso, lautet die Antwort auf soziale Bedürfnisse jeder Art: Was kostet es, was nutzt es? Rechte wie linke Parteien tragen gemeinsam die Politik des Sozialabbaus und der Aushöhlung des öffentlichen Dienstes mit und argumentieren mit angeblichen Sachzwängen. Was in Deutschland offensichtlich ist, gilt auch für die Schweiz: Weder die Sozialdemokratie noch die Grünen bieten eine grundsätzliche Alternative zur neoliberalen Politik mit ihrer aggressiven gesellschaftlichen Umverteilung. Immer weitere Lebensbereiche wie Bildung, Umweltschutz und soziale Sicherheit werden zurzeit radikal danach bewertet, was für die „Wirtschaft“ und damit für die gut verdienenden und besitzenden Schichten rentiert. Wie Arbeitsbedingungen gestaltet werden, wie Erwerbsarbeit verteilt und was produziert wird, hängt angeblich vom Markt ab und nicht davon, welche Art von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit gesellschaftliche Kräfte fordern. Welcher Lebensstandard Erwerbslosen, Kranken, alten Menschen zugestanden wird, hängt angeblich vom Budget ab und nicht davon, für welche Grundversorgung sich die Gesellschaft entscheidet. Wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden, hängt angeblich von Kapazitäten ab und nicht davon, ob sich gesellschaftliche Kräfte für das Grundrecht von Flüchtlingen auf Schutz und Unterhalt einsetzen. Wie Verkehr gestaltet wird, hängt angeblich vom Wettbewerb ab und nicht davon, welche Transportmittel die Gesellschaft für vertretbar hält. Die Hauptlast politischer und wirtschaftlicher Weichenstellungen in den reichen Industriestaaten trägt zwar nach wie vor die Bevölkerung des Südens und Ostens. Doch auch in Westeuropa wächst die Zahl der Men-



Integration – ein Synonym für Zwang? 2

Liste gegen Armut und Ausgrenzung 3

Hände weg von den IV-Renten 4

Montagsproteste gegen Hartz IV 6

Regionales Sozialforum 7

Interview Roter Faden 8

schen, die in immer prekäreren Verhältnissen leben. In der Schweiz bereiten Bund und Kantone mit Zustimmung aller Regierungsparteien weitere massive Kürzungen im Sozialbereich vor. Gleichzeitig erhöhen sie den Druck auf BezieherInnen von Sozialleistungen und Renten, die schon heute auf einem ausgesprochen bescheidenen Niveau liegen. Einen vorläufigen Höhepunkt der Entsolidarisierung bildet der Entscheid, AsylbewerberInnen, deren Gesuch abgewiesen wird, jede Form von Unterstützung zu entziehen.

In Basel ist mit der *Armutskonferenz von unten* eine Kraft entstanden, in der sich Armutsbetroffene selbst organisieren und über die *Liste 13* ihre Anliegen in den Wahlkampf tragen. Der Widerstand gegen den Sozialabbau und Alternativen zu Erwerbslosigkeit und Armut werden auch am *Regionalen Sozialforum* im November einen wichtigen Themenschwerpunkt bilden. Wir unterstützen beide Initiativen mit dem Anspruch, das Recht aller auf soziale Sicherheit zu verteidigen und grundsätzliche Alternativen zur Verwertungslogik der kapitalistischen Gesellschaft zur Diskussion zu stellen. Wir rufen Interessierte und Betroffene auf, sich dem Widerstand gegen Sozialabbau, Repression und die Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik anzuschliessen und die bestehenden Foren zu nutzen, um an der Entwicklung von grundsätzlichen Alternativen mitzuwirken.

4.–5. Dezember 2004

6. Sozialistisches Forum: Soziale Sicherheit

Das nächste Sozialistische Forum von SoAL/Solidarität, Collectif pour une Alliance Socialiste Vaudoise (CAS) und solidaritéS Genf und Neuchâtel ist dem Thema soziale Sicherheit und den neoliberalen Angriffen auf die Sozialversicherungssysteme gewidmet. Eingeladen werden ReferentInnen aus Frankreich und Deutschland. Die Diskussionen finden im Plenum und in Arbeitsgruppen statt. Für Übersetzung ist gesorgt. Das genaue Programm wird Anfang November vorliegen, Wünsche und Anregungen können schon jetzt formuliert werden (laufende Infos unter www.soal.ch).

Integration – ein Synonym für Zwang?

Nach dem Integrationsbericht, den wir in unserem Bulletin 33/16 kritisch beleuchtet haben, legt Basel-Stadt nun das Integrationsgesetz vor. Der Grundtenor ist derselbe geblieben.

Nach einem Bekenntnis zu Chancengleichheit, Gegenseitigkeit und „gemeinsamen Grundwerten“ von einheimischer und immigrierter Bevölkerung folgt eine Auflistung der verschiedenen Bereiche, in denen Massnahmen ergriffen werden sollen. Die einzige griffige Bestimmung betrifft die Sprachkenntnisse und andere Integrationsbemühungen der MigrantInnen. Denn die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung kann an die Bedingung geknüpft werden, dass ein Sprach- und Integrationskurs besucht wird. Explizit formuliert ist der Anspruch, MigrantInnen die Spielregeln der schweizerischen Gesellschaft beizubringen und die „tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau“ durchzusetzen – worauf wir für Einheimische ja noch immer warten. Gleichzeitig beschränkt sich die politische Diskussion bis tief in SP-Kreise ungeniert auf den wirtschaftlichen Nutzen verschieden kategorisierter AusländerInnen, der entscheiden soll, wer in der Schweiz leben dürfen soll und wer nicht.

Die so genannte Integration ist aufs engste verknüpft mit Zwang und ihrem Gegenkonzept, der Ausgrenzung. Bei Nichtbefolgung so genannter Integrationsangebote droht der Ausschluss. In der Migrationspolitik werden Sprache und z.T. Emanzipationsziele zu Kriterien pervertiert, um Menschen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu selektieren. Selbst die geplante Rückschaffung wird neuerdings als Integrationsangebot verkauft. Dieselbe Logik macht sich in der Sozialpolitik breit, wo Versicherungsleistungen zunehmend an Arbeitszwang, oft unter ausgesprochen prekären Bedingungen, gekoppelt werden.

Sollte das Ziel der „Integrationspolitik“ irgendwann tatsächlich eine gleichberechtigte „Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben“ sein, könnten wir einige Anregungen beisteuern. Wie wäre es beispielsweise mit einem gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen, der Regularisierung aller Sans Papiers und Schwarzarbeitenden, dem gezielten Aufbrechen der sozialen Segregation in den Wohnquartieren durch billige, qualitativ hochwertige Wohnungen, der Beschäftigung von Flüchtlingen in ihren ursprünglich gelernten Berufen, geregelten Arbeitszeiten, einem flächendeckenden Kinderbetreuungsangebot und gleicher politischer Rechte für MigrantInnen? Zugegeben, der Haken dabei ist, dass die MigrantInnen nicht mehr so gut für die Bereicherung der schweizerischen Wirtschaft und für politische Demagogie herhalten könnten.

SoAL/Solidarität unterstützt die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung

Die Sozialistische Alternative/Solidarität engagiert sich seit mehr als 10 Jahren für eine radikale Alternative zur kapitalistischen Profitwirtschaft, die immer mehr Menschen, die nicht mehr maximal ausbeutbar sind oder sein wollen, aus der Erwerbsarbeit herausdrängt. Wer sich nicht der Profitlogik des Kapitals unterwerfen will und nicht zu jedem Lohn erwerbstätig sein kann oder will, wird rücksichtslos zur Armut gezwungen und gesellschaftlich ausgegrenzt.

Die Lebensbedingungen sollen mit dem Abbau der Sozialleistungen bei Invalidität, Alter, Erwerbslosigkeit etc. so sehr verschlechtert und die Betroffenen soweit ausgegrenzt werden, dass sie bereit sind, auch noch so schlechte Erwerbsarbeitsbedingungen zu akzeptieren. Lohnarbeit oder Gosse!

Gleichzeitig zeigt der Blick nach Deutschland, wo ein massiver Abbau der sozialen Sicherung durch die rot-grüne Regierung (Hartz I-IV) stattfindet, was für die Schweiz ebenfalls in etwa zu erwarten sein wird. Es geht nicht nur um Sparmassnahmen hie und da, sondern um eine grundsätzliche Umgestaltung der sozialen Absicherungssysteme und eine Anpassung an das kapitalistische, neoliberale Wirtschaftsmodell.

Das Thema Armut und Ausgrenzung, das die Liste 13 in Basel prominent und glaubwürdig aufwirft, gehört deshalb zu den Schlüsselthemen des Widerstands gegen den kapitalistischen, neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft und stellt die bürgerlichen Spar- und Abbauprojekte (AHV und IV-Kürzungen, kantonale Sparprogramme 1+2 etc.) grundsätzlich in Frage.

Die Liste 13 ist aus der *Armutskonferenz von unten* entstanden, einer Selbstinitiative von Betroffenen. Wir hoffen, dass die Wahlbeteiligung hilft, dass sich Betroffene über den Wahltermin hinaus selbst organisie-

ren und für ihre Anliegen mit Aktionen eintreten. Für den Aufbau des Widerstandes von Betroffenen ist für uns die Präsenz im Parlament nicht Voraussetzung, aber sie bietet eine mögliche Plattform.

Die Grünen und die SP werfen der Liste vor die „Linke“ zu schwächen. Für einen möglichen Verlust von Stimmen der im Parlament vertretenen „linken“ Parteien ist jedoch nicht

die Liste 13, sondern die mangelnde Glaubwürdigkeit der linken/grünen Parteien verantwortlich. Die Sozialdemokratische Partei hat sich der bürgerlichen, neoliberalen Politik angeschlossen und die grüne Partei möchte dabei ihre Regierungspartnerin sein. Wir engagieren uns für die Neugründung einer kämpferischen, antikapitalistischen Kraft. Eine neue Kraft kann aber nur aus neuen Bewegungen von Betroffenen entstehen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und daraus einen radikalen gesellschaftlichen Umbau entwickeln und nicht aus elektoraler Erbsenzählerei.



In unserer Zeitungsbeilage und auf der Webseite www.liste13.ch.vu finden sich weitere Informationen zu den KandidatInnen und den Forderungen der Liste gegen Armut und Ausgrenzung und zur Armutskonferenz von unten.

Armut und Reichtum in Musik und Worten

Benefizkonzert von 13 MusikerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern für die **Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung**. Organisiert von **Musicaventure**.



22. Oktober, 20.00 Uhr
Matthäuskirche

Basel Feldbergstrasse 81

Freier Eintritt – Spenden erwünscht

Hände weg von den IV-Renten und der Behindertenunterstützung

Der Bundesrat und die darin vertretenen Parteien wollen mit der 5. IV-Revision alte und neue IV-Renten massiv kürzen. Mit dem Finanzausgleich (Abstimmung 28. November) und den kantonalen Sparprogrammen rollen auf Invalide weitere Verschlechterungen zu.

Der Bundesrat hat der Öffentlichkeit am 28. April seine Pläne zur 5. IV-Revision vorgestellt und am 24. September die Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Im Vergleich zum Frühjahr wurde die Vorlage noch einmal verschärft. Zudem soll die Revision beschleunigt durch das Parlament gebracht werden. Verschärfung und Beschleunigung gehen auf eine Absprache aller Bundesratsparteien (SVP, FDP, CVP, SP) zurück.



Ein Viertel weniger Rente!

Die Behinderten-Selbsthilfe Schweiz (AGILE) schreibt in ihrer Stellungnahme zur 5. IV-Revision: „Es ist zu befürchten, dass die Vorlage zu einer tief greifenden Sparvorlage wird, welche hinter einigen netten und gut tönenden Massnahmen versteckt werden soll.“ Der geplante Rentenabbau ist massiv:

- Abschaffung der Zusatzrenten für Verheiratete. In der letzten IV-Revision im Frühling 2003 wurden bereits die Zusatzrenten für NeubezieherInnen abgeschafft. Jetzt sollen sie auch bei den laufenden Renten gestrichen werden. Die Streichung der Zusatzrenten für Verheiratete bedeutet eine Kürzung ihrer IV-Renten um ein Drittel bis Viertel: ein Abbau von 113 Millionen Franken (jeweils jährlich).
- Streichung des Karrierezuschlages: Bei Renten für Behinderte unter 45 Jahren wird eine mögliche Ver-

dienstzunahme bei längerer Berufsarbeit mit einem Faktor bei der Rentenhöhe gutgeschrieben. Dieser Faktor soll gestrichen und die Rente nur noch auf Grund des letzten Lohnes berechnet werden: ein Abbau von 74 Mio. Franken.

- Medizinische Massnahmen für die berufliche Eingliederung sollen gestrichen werden, in der Hoffnung, dass Krankenkassen in Zukunft einspringen. Es ist vorauszusehen, dass durch diese Privatisierung eines Teils der Eingliederungsmassnahmen von den privaten Krankenkassen weniger Kosten übernommen werden: ein Abbau von 74 Mio. Franken.
- Eine IV-Rente soll zukünftig erst nach drei Beitragsjahren, also drei Jahren Erwerbstätigkeit, gewährt werden. Das trifft vor allem Jugendliche und ausländische ArbeiterInnen: ein Abbau um 18 Mio. Franken.
- Die Rentenhöhe soll neu ausschliesslich auf Grund des vorher erzielten Einkommens und nicht mehr auf Grund des Durchschnittes aller Löhne (inkl. möglicher Lohnsteigerungen) berechnet werden. Dies führt zu kleineren Renten insbesondere bei Frauen und Jugendlichen. Die Behindertenselbsthilfe AGILE bezeichnet diese Abbaumassnahme als „schlicht frauenfeindlich“.
- Der Mindestsatz für Taggelder (30 Prozent des Höchstbetrages) für Behinderte, die vorher nicht berufstätig waren (vor allem Jugendliche und Frauen), soll abgeschafft werden. Die Taggelder der IV bei Eingliederungsmassnahmen sollen zudem generell auf das Niveau der Arbeitslosengelder gekürzt werden: eine Rentenkürzung von 35 Mio. Franken.
- Der Invaliditätsgrad soll bei Neurenten niedriger angesetzt werden; vermehrt sollen nur (niedrigere) Teilrenten gewährt werden.

Zwangsmassnahmen für Neuinvalide

Mit verschiedenen Zwangsmassnahmen will der Bundesrat die Zunahme der NeurentnerInnen um mindestens 10 Prozent senken. Diese Massnahmen werden mit schönen Namen wie „Früherkennung“ oder „Integrationsmassnahmen“ kaschiert. Der Bundesrat macht aber schon in seinen schriftlichen Erklärungen zur Revision deutlich, dass es ihm nicht um eine Unterstützung von Behinderten bei der Suche nach raren Erwerbsjobs geht. „Kommt eine versicherte Person ihrer Mitwirkungspflicht im Rahmen der Integrationsmassnahmen nicht nach, indem sie beispielsweise eine zugewiesene Stelle oder Beschäftigung verweigert, können die Taggelder analog der Arbeitslosenversicherung eingestellt werden.“ Die Streichung von Taggeldern bei mangelnder „Mitwirkung“ wird in der bundesrätlichen Stellungnahme mehrfach erwähnt und lässt keine Zweifel am Zwangscharakter dieser Massnahmen. Schliess-

lich ist das Ziel dieser Revision, bei Behindertenrenten 311 Millionen jährlich zu sparen. Bereits heute gibt es Berichte von Betroffenen, die von den kantonalen IV-Stellen unter Androhung von Beitragskürzungen zu Jobs gezwungen werden, die hauptsächlich beweisen sollen, dass kein Anspruch auf IV besteht. Mit einer so genannten „Verfahrensstraffung“ will der Bundesrat zudem den Zugang zu Rekursverfahren erschweren und allfällige Rekurse auf nationaler Ebene kostenpflichtig machen.

„Scheininvaliden“ und die Zunahme der IV-RentnerInnen

Die Ursachen für die grosse Zunahme der anerkannten IV-RentnerInnen wird bei den Betroffenen selbst gesucht. Die SVP hat dies mit ihrer „Scheininvaliden“-

Kampagne bisher am aggressivsten vorgebracht, aber auch alle anderen bürgerlichen Kräfte bis hin zur SP sehen das Problem ausschliesslich bei den Betroffenen. Mit Rentenkürzungen und als „Früherkennung“ oder „Integration“ versteckten Zwangsmassnahmen soll der Rentenbezug möglichst unzugänglich und unattraktiv gemacht werden. Von den etablierten Parteien spricht niemand mehr von den eigentlichen Ursachen für die Zunahme: von der krank machenden Erwerbsarbeit durch die Zunahme von Stress und prekären Arbeitsverhältnissen, der Entlassung von Arbeitskräften, die nicht 150 Prozent leistungsfähig sind, der Abschiebung von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen in die IV durch die zuständigen Ämter und den ebenfalls krank machenden Lebensbedingungen von Armutsbetroffenen. Angesichts dieser verschärften Bedingungen in der Arbeitswelt und der steigenden Erwerbslosigkeit mit Dauerarbeitslosen kann es nicht verwundern, dass die Zahl der Invaliden ansteigt.



USA: Die Arbeiterbewegung – Notstand und Zeichen der Erneuerung



Europa: Die kommunistische Bewegung gründet eine „Europäische Linkspartei“ • Italien: Sieg der Streikenden bei FIAT – Aufschwung der Klassenkämpfe in Italien • Ökologie: Kyoto-Protokoll: Kleiner Kompromiss mit perennen Auswirkungen • Syrien/Kurdistan: Interview mit Marwan Othman • Zypern: Ein unklares Problem

NR. 394/289 September/Oktober 2004 € 4.50

Die marxistische Monatszeitschrift Internationalistisch! Engagiert!

www.inprekorr.de

Jahresabo 65.- / Doppelnummer 7.- Fr.
Bestellungen und Gratis-Probenummer:
INPREKORR, Güterstrasse 122,
4053 Basel
e-mail: soal.solidaritaet@bluemail.ch

Finanzausgleich und Kürzungen der Invalidenunterstützung

Die Kürzung der Unterstützung für behinderte Menschen ist bereits voll im Gang. Verschiedenen Behindertenheimen und -werkstätten werden heute schon die Unterstützungsgelder gekürzt (als Folge der Sparmassnahmen der Kantone und der 4.IV-Revision). Einzelne Gemeinden nutzen zudem ihren Spielraum bei den Ergänzungsleistungen für IV-RentnerInnen maximal aus, um die Beiträge an armutsbetroffene Invalide zu kürzen. Mit dem Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (NFA) drohen weitere massive Kürzungen der Invalidenunterstützung. Einerseits sollen die Eingliederungs- und Betreuungsmassnahmen für Invalide in Höhe von rund 2Milliarden an die Kantone übertragen werden. Es ist kaum anzunehmen, dass unter dem heutigen Spardruck die Kantone diese Mehrkosten übernehmen werden. Andererseits will der Bund die Kantonsbeiträge an die Invalidenversicherung abschaffen. Ob diese Mehrkosten wirklich vom Bund übernommen werden, ist mehr als fraglich. Deshalb ist zu befürchten, dass die Invalidenunterstützung bei dieser Neuverteilung der Kosten unter die Räder der Sparprogramme von Bund und Kantonen gerät. Die Mehrheit der Behindertenorganisationen ruft deshalb am 28.November zu einem NEIN zum Finanzausgleich auf.

¹ Eine volle IV-Rente liegt heute zwischen 1075.- und 2150.- sFr., Viertels-, Halb- und Dreiviertelsrenten sind entsprechend noch niedriger.

Impressum

Herausgeberin:
SoAL/Solidarität, Postfach 4070,
4002 Basel, PC 40-11638-2
Website: www.soal.ch
e-mail: soal.solidaritaet@bluemail.ch

Montagsproteste gegen Hartz IV

Da sind sie wieder, die Montagsproteste. Natürlich sofort angefeindet und delegitimiert von Berufs-(Ex-)BürgerrechtlerInnen und den Leuten der professionellen, parlamentarischen Politik – und nicht zuletzt von den Medien. Doch die Mehrheit von unten lässt sich davon wenig beeindrucken und demonstriert fleissig weiter.

Sie gehen auf die Strasse: Arbeitslose, Angestellte, Selbstständige, Sozialhilfebeziehende – kurz gesagt: Betroffene aus allen Kreisen und Schichten. Es ist erfreulich, dass sich nach 15, 20 Jahren der Politik des Sozialabbaus nun endlich Betroffene aus der häuslichen Isolation wagen. Sie gehen auf die Strasse und schreien oder schweigen ihren Unmut heraus. Erstaunlich bei diesen aktuellen Protesten ist vor allem, dass sie sich wie ein Lauffeuer auch in kleineren Städten ausbreiten und erfrischend unprofessionell organisiert sind. Diesmal spielen die grossen Städte nicht die Vorreiterrolle.

Zudem offenbart sich eine enorme Skepsis gegenüber allen etablierten Parteien und den Gewerkschaften. Das Vertrauen in dieses parlamentarische System und die politischen Strukturen strebt dem Nullpunkt zu.

Dies kann als Chance wie als Gefahr begriffen werden. Zunächst die Gefahren: Die Bewegung wird aus allen möglichen Richtungen instrumentalisiert. Bundesweit sind rechte AktivistInnen unterwegs und versuchen, die Demonstrationen zu unterwandern und für ihre Zwecke und Parolen zu missbrauchen. In manchen Orten gelingt es den Rechten, sich mit ihren Transparenten an die Spitze zu setzen, in anderen Orten werden sie aus der Menge gedrängt. Dabei ist beinahe allen klar dass sich die Probleme nicht durch den Rückzug auf den Nationalstaat lösen lassen. Doch Lösungen hat bisher kaum jemand anzubieten. Und damit kommen wir zur anderen Seite der Instrumentalisierungsversuche.

Den geringen Organisationsgrad und die mangelnde politische Erfahrung der meisten AkteurInnen ausnutzend, treten Organisationen auf den Plan, die seit Jahrzehnten keinen Fuss auf den Boden bekommen haben. Sie bemühen sich, mit scheinbar demokratischen Mitteln ihre eigenen Interessen durchzusetzen und die Dynamik der weiteren Entwicklung zu bestimmen. Das hat in einigen Städten bereits zur Spaltung der Protes-

te geführt und macht ihre Organisation, Fortsetzung und Zielführung schwieriger.

Die politischen Alternativen sind rar. Kippt Hartz IV, kippt auch die Bundesregierung, und die nachfolgende Regierung setzt die gleiche Politik fort. Wirklich alternative parlamentarische Kräfte sind weit und breit nicht in Sicht. Die Gewerkschaften sind unschlüssig und uneins, propagieren alte Konzepte und warten darauf, dass sich die Bewegung totläuft.

In den alten Bundesländern sehen bisher noch wenige die Dringlichkeit, über ausserparlamentarischen Druck



eine wirkliche Änderung der politischen Situation herbeizuführen. Die Linke ist uneins und hat aus den Sozialforen und Vernetzungen der vergangenen Jahre noch nicht genügend Kraft für einen konzertierten Vorstoss geschöpft.

Doch auch ein anderes Szenario ist denkbar. Die kommenden Monate bieten genug Gelegenheiten, die Proteste am Lodern zu halten.

Selbst wenn die Demonstrationen nach weiteren zwei, drei Wochen an Dynamik verlieren, werden im Oktober die Zuwendungsbescheide für das Arbeitslosengeld II verschickt. Dann erfahren Arbeitslosen- und SozialhilfeempfängerInnen, wieviel Geld sie ab Januar tatsächlich bekommen, was eine weitere Protestwelle nach sich ziehen kann.

Diese Zeit können die lokalen Sozialforen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen nutzen, um sich zu vernetzen und eine Diskussion über tatsächliche Alternativen in Gang zu bringen. Das beginnt bei der Absenkung des Spitzensteuersatzes, geht über Grundeinkommen und endet mit der solidarischen Einfachsteuer. Gelingt es ausserdem, Arbeitslosen- und MigrantInnenverbände mit ins Boot zu holen und die globale Perspektive in der Diskussion zu halten, kann das der Anfang einer wirklich neuen Qualität sozialer Bewegung sein.

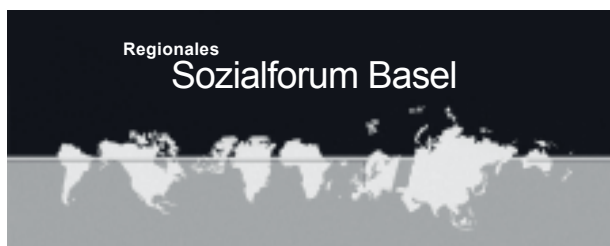
Karsten Bretschneider (Attac Dresden)

Der Kommentar wurde der *Sozialistischen Zeitung (SoZ)* entnommen (www.soz-plus.de) und von uns gekürzt.

12.–13. November 2004

2. Regionales Sozialforum

Termin vormerken! Das definitive Programm folgt Mitte Oktober.



Seit dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre sind weltweit unzählige Sozialforen entstanden, die sich mit den Auswirkungen der globalisierten Wirtschaft und der neoliberalen Politik auseinandersetzen. In Fortsetzung des letztjährigen Regionalen Sozialforums in Basel stehen bei dieser zweiten Ausgabe zwei Themenstränge im Zentrum: die Frage der sozialen Sicherheit und internationale Verflechtungen der Schweiz. Europaweit – und darüber hinaus – werden gegenwärtig die Systeme sozialer Sicherheit, das Bildungswesen, der Gesundheitsbereich etc. nach neoliberalen Kriterien umgebaut. Nicht ohne auf zunehmenden massiven Widerstand der Bevölkerung zu stossen.

Welche Form von gesellschaftlichem Zusammenhalt wollen wir, welche politischen und wirtschaftlichen Forderungen leiten sich daraus ab? Und wie sehen diese Forderungen aus, wenn wir die Interessen von Menschen aus anderen Ländern mit einbeziehen, die mit schweizerischen Konzernen und Banken oder mit der schweizerischen Asyl- und Aussenpolitik konfrontiert sind?

Freitag, 12. November 2004, 20 Uhr
Podiumsdiskussion im Gundeldinger Feld, Dornacherstrasse 192

Nein, diese Suppe ess ich nicht ... !

Alternativen zum Sozial- und Bildungsabbau

Was in den Küchen neoliberaler Politik zusammengebraut wird, stösst in vielen europäischen Ländern auf Widerstand: In Deutschland Montagsdemos gegen Hartz IV, in den Niederlanden Proteste gegen Sozialabbau, in der Schweiz Komitees gegen Bildungsabbau, die Armutskonferenz und Mobilisierungen gegen die Aushöhlung des öffentlichen Dienstes. Wir diskutieren mit VertreterInnen der Protestbewegungen aus Deutschland und der Schweiz über ihre Strategien gegen die laufende Demontage des Sozial- und Bildungswesens und Alternativen dazu.

Samstag, 13. November 2004, 9 bis 18 Uhr
Workshops und Plenumsdiskussionen im Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1

Vormittag: Internationale Verflechtungen

- Agrobusiness und dessen Auswirkungen – das Beispiel Syngenta
- Tickt Swatch richtig? Steuerhinterziehungen im globalen Wirtschaftsraum
- Schweizerische Asylpolitik
- Palästinasolidarität und die Rolle der Schweiz

Nachmittag: Soziale Sicherheit

- Ungleichheit vor Alter, Krankheit und Tod
- Sozialarbeit zwischen Armutsverwaltung und emanzipatorischen Ansprüchen
- Gesichertes Grundeinkommen – Visionen, Strategien, Ziele
- Strategien gegen Entlassungen: Kündigungsverbot, Entlassungssteuer, Struktur- und Bildungsfonds
- Soziale Ökonomie

März 2005

Informationsreise für Frauen nach Palästina/Israel

Das Palästina-Komitee Basel organisiert im März 2005 eine Informationsreise für Frauen nach Israel und in das besetzte Westjordanland. Ziel der Reise ist es, die Realität palästinensischer Frauen in Israel und unter israelischer Besatzung in ihrer Komplexität kennenzulernen. Geplant sind Begegnungen mit verschiedenen Frauen und Projekten, von Bäuerinnen oder Beduininnen über Flüchtlinge und politische Aktivistinnen bis zu Fachfrauen für Gender Studies u.ä. Daneben sind zwei theoretische Inputs zur Frage des Zionismus und des Rückkehrrechts von Flüchtlingen vorgesehen.

Die Reise soll die Möglichkeit bieten, sich ein Bild über die Verhältnisse vor Ort zu machen und darauf aufbauend allenfalls einen konkreten Austausch und Solidaritätsarbeit zu entwickeln. Das Programm bietet genügend Raum, sich in der Gruppe über die persönlichen Erfahrungen und Eindrücke auszutauschen und auf individuelle Fragestellungen einzugehen.

Die Kosten der Reise betragen rund 1600.- Fr. inkl. Flug. Vorbereitungstreffen finden bereits im Herbst statt. Kontakt: paldele@bluewin.ch oder Tel. 061 321 17 01.

Der Rote Faden: antikapitalistisch und basisdemokratisch

Seit letzten Frühling trifft sich regelmässig die Gruppe Roter Faden. Sie möchte junge AktivistInnen ansprechen, die eine radikale Alternative zum kapitalistischen System suchen. Wir sprachen mit CS, David und Grischa vom Roten Faden über ihre Ziele.

Es gibt bereits verschiedene Jugendgruppen, warum habt ihr noch zusätzlich den Roten Faden gegründet?

CS: Am Anfang standen persönliche Bekanntschaften. Ich habe aber den Eindruck, dass in Basel keine Gruppe existiert, die die gleiche Zusammensetzung wie wir hat, die Jugendliche aus verschiedenen linken Strömungen umfasst.

David: Wir haben uns durch einen Kollegen einmal zu acht im Volkshaus getroffen und festgestellt, dass wir gerne eine solche linke Gruppe gründen wollen, die nicht einfach definiert ist als anarchistisch oder sozialistisch. Es gibt heute nicht wirklich eine solche Gruppe. Es ist auch eine offener Gruppe und die Leute selber sind noch nicht so gefestigt und entwickeln in der Gruppe erst ihre Einstellungen.

Was habt ihr denn für längerfristige Ziele?

Grischa: Ein längerfristiges Ziel von uns ist sicheraktiv in der Antiglobalisierungsbewegung mitzumachen. Auch eine stärkere Linke zu schaffen, nicht auf dem Niveau der SP, sondern wirklich wieder etwas Neues, wie es auch mit den verschiedenen Sozialforen gerade entsteht.

Was soll denn neu sein?

David: Wir fangen alle neu an und sind jung. Wir wollen auch junge Leute ansprechen, die heute noch gar nicht aktiv sind, die aber einfach Interesse haben und die die Linke links der SP wieder aufbauen wollen. Wir wollen etwas ernsthaft anfangen, und nicht wieder nur zu viert bleiben.

Gibt es einen Minimalkonsens in der Gruppe?

David: Ich würde sagen, jedeR ist antikapitalistisch eingestellt.

CS: Und Basisdemokratisch.

David: Nicht so wie die SP, die in diesem System arbeitet und nur den Kapitalismus ein bisschen zu verbessern versucht.

Grischa: Und sich mit dem Neoliberalismus angefreundet hat. Wir glauben an eine andere, gerechtere Wirtschaft, in der zum Beispiel in Steuerfragen ganz anders gedacht wird, als dies die SP tut. Ich schaue auch nicht nur die SP Schweiz an. In Deutschland ist sie ja noch katastrophaler als in der Schweiz.

Wie wollt ihr euch konkret engagieren?

CS: Wir fahren zweigleisig. Wir diskutieren verschiedene Theorien und versuchen gemeinsam ein Gesellschaftsmodell zu erarbeiten. Andererseits helfen wir mit, Demonstrationen zu organisieren, wir machen Flugblätter zu verschiedenen Themen, z.B. zum Irakkrieg. Jetzt vor den Abstimmungen über die Einbürgerungen haben wir ein Strassentheater gemacht. Eigentlich wollen wir beides ausgeglichen machen, nicht nur Theoretisches, sondern auch Aktives.

David: Man kann auch sagen im kleineren Rahmen, z.B. durch kleine Flugblattaktionen jüngere Leute neu ansprechen und Bewusstsein schaffen. Wir wissen Vieles noch nicht und wollen uns durch die verschiedenen Richtungen ja auch ergänzen.

Und wie kann Mann und Frau bei euch mitmachen?

CS: Es ist jede/r willkommen, der/die sich für antikapitalistisch und basisdemokratisch hält. Man kann uns einfach kontaktieren und in die Sitzungen reinschauen. Und wer es interessant findet, kann mitmachen.

David: Es braucht keine politische Erfahrung und man muss sich auch nicht auskennen. Es braucht eine gewisse Grundtoleranz und ein Interesse an einer sozialen, linken Politik. Man kann einfach reinschauen und schauen, was so läuft.

Was erwartet ihr von Mitgliedern? Was erwartet ihr für ein Engagement?

CS: Es braucht sicher ein gewisses Engagement, sich Zeit zu nehmen, an die Sitzungen zu kommen, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren und auch innerhalb der Gruppe Aufgaben zu übernehmen. Es braucht Interesse an der allgemeinen Politik und den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die Gruppe Roter Faden kann per E-mail unter roterfaden@gmx.ch oder per Post unter Roter Faden c/o SoAL/Solidarität, Postfach 4070, 4002 Basel kontaktiert werden.

Interesse an unserer Arbeit?

Schreib an SoAL/Solidarität, Postfach 4070, 4002 Basel oder soal.solidaritaet@bluemail.ch

Geld stinkt – wir machen's sauber!

Warenannahme unter PC 40-11638-2